

Zweckverband ÖPNV Steinburg



N i e d e r s c h r i f t
Allgemeiner Ausschuss

Sitzungstermin: Dienstag, d. 18.06.2019
Sitzungsbeginn: 17.00 Uhr
Sitzungsende: 18.40 Uhr
Sitzungsort: Historischer Kreistagssaal, Viktoriastr. 16-18, 25524 Itzehoe

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Torsten Wendt, Verbandsvorsteher des Zweckverbandes ÖPNV Steinburg

Mitglieder:

Verbandsvorsteher Torsten Wendt,	Kreis Steinburg
Herr Marko Förster	Kreis Steinburg
Frau Sina Esselborn-Große	Kreis Steinburg
Bgm. Dr. Andreas Koeppen,	Stadt Itzehoe
Herr Dr. Markus Müller	Stadt Itzehoe
Bgm. Manja Biel	Stadt Glückstadt
Bgm. Walter Schulz	Stadt Wilster
Bgm. Jörgen Heuberger	Amt Breitenburg
Bgm. Sönke Reimers	Amt Horst-Herzhorn
Bgm. Frank Nagorny	Amt Itzehoe- Land
Bgm. Axel Pietsch	Amt Kellinghusen
Bgm. Sven Baumann	Amt Krempermarsch
Bgm. Thomas Hencke	Amt Schenefeld
Bgm. Jens Tiedemann	Amt Wilstermarsch

Verwaltung:

Frau Krohn,
Frau Richter, Protokollführerin

Gäste:

Herr Hans Ewald Raab	Kreistagsabgeordneter
Frau Asmus-Mrozek	Kreistagsabgeordnete

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Festlegung zur Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Protokolle
4. Kosten Ersatzverkehr Kollmar
5. Zusatzkosten Verlegung ZOB
6. Beschluss zur Umsetzung der Überplanung
7. Beschluss zur Einführung eines neuen Finanzierungsmodells
8. Beschluss zur Einrichtung einer Schnellbuslinie Itzehoe - Pinneberg
9. Vergabe Gutachterleistung zur Vorbereitung und Durchführung der Vergabe des Teilnetz Süd
10. Einführung eines landesweiten Haltestellenkatasters
11. Sachstand HVV
12. Mitteilungen und Anfragen

Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Festlegung zur Tagesordnung

Der Verbandsvorsteher Herr Torsten Wendt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Wendt stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es bestehen keine Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit der Ladung des Allgemeinen Ausschusses.

Bei der Festlegung der Tagesordnung beantragt Herr Pietsch eine Änderung dahingehend, dass die TOP 6 und 7 nach TOP 3 behandelt werden. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Reimers beantragt, TOP 4 Kosten Ersatzverkehr Kollmar komplett zu streichen und reicht gleichzeitig bei der Geschäftsstelle weitere Unterlagen zur Prüfung im Namen von Herrn Bürgermeister Klaus Meinert (Kollmar) ein. Seinem Antrag wird zugestimmt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen während der Einwohnerfragestunde gestellt.

TOP 3

Genehmigung der Protokolle

Herr Hencke erklärt, dass im Protokoll des Allgemeinen Ausschusses vom 26.02.2019 der Sachverhalt zum Bahnhalt Vaale fehlt. Er bittet um Korrektur. Es wird vereinbart, dass sich Frau Richter mit ihm in Verbindung setzt.

Sodann werden die Protokolle vom 26.02.2019 und 18.03.2019 genehmigt.

Ergänzung der Geschäftsstelle: Im Anschluss an die Sitzung wurde Herrn Hencke das Protokoll der Sitzung vom 26.02.2019 zur Einsicht vorgelegt. In dem Protokoll sind unter „TOP 3 Vorstellung des Abschlussberichtes der Überplanung“ seine Ausführungen enthalten. Das Protokoll muss daher nicht korrigiert werden.

TOP 4

Beschluss zur Umsetzung der Überplanung

Herr Wendt teilt mit, dass ihn die Kritik bezüglich seiner Abwesenheit bei den Regionalkonferenzen erreicht hat. Er entschuldigt sich für seine Abwesenheit. Es ging bei den Konferenzen jedoch um die Vorträge der Gutachter zur Information aller Gemeindevertreter.

Die Anregungen aus den Regionalkonferenzen liegen in Form einer Liste den Gutachtern und dem Zweckverband vor.

Herr Wendt teilt mit, dass es Kritiken gab zu den Grundnetzlinien und von 3 Gemeinden dazu Stellungnahmen vorliegen. Herr Dr. Müller bittet um kurze Mitteilung, welche Punkte in den Stellungnahmen angesprochen wurden. Herr Wendt liest auszugsweise aus den Schreiben vor.

Sodann schlägt Herr Wendt folgendes vor:

1. Es wird ein Grundsatzbeschluss auf Grundlage der Überplanung als Grundkonzept gefasst.
2. Die Anregungen aus den Regionalkonferenzen sollen bei der Umsetzungsplanung berücksichtigt und darüber beschlossen werden.
3. Die Einführung der alternativen Bedienformen für die Wilstermarsch als erste Region soll in den Beschluss übernommen werden.

Herr Wendt weist in diesem Zusammenhang auf den noch steigenden Personalbedarf bei der Umsetzung der Überplanung hin.

Herr Baumann teilt mit, dass noch weitere Anregungen vom Amt Wilstermarsch folgen werden. So wird die Bahnanbindung Richtung Wilster kritisiert. Besser wäre eine Anbindung nach Glückstadt. Er möchte eine Aufarbeitung der Liste und im Herbst darüber beschließen. Er merkt an, dass viele Gemeindevertretungen erst jetzt tagen und somit noch nicht alle Gemeinden über die Überplanung sprechen konnten.

Herr Nagorny merkt an, dass derzeit vieles angedacht sei, aber eine große Verunsicherung herrscht. Zum jetzigen Zeitpunkt sieht er die Sache nicht für entscheidungsreif. Es müsse Nachbesserungen geben, um die Unsicherheiten zu nehmen.

Frau Biel erklärt daraufhin, dass sie an diesem Abend nicht für eine Entscheidung sei. Auf Grund der Zeitabläufe fehlen auch bei ihr Entscheidungen. Sie stellt formal den Antrag auf Vertagung des Punktes.

Herr Dr. Koeppen wirft ein, dass die Stadt Itzehoe bereits einen positiven Beschluss gefasst habe.

Frau Biel erklärt daraufhin, dass noch ganz viele Dinge unbepreist sind, z.B. das Marketing.

Herr Dr. Koeppen schlägt daraufhin neue Termine vor.

Herr Dr. Müller macht deutlich, dass dann aber auch Beschlüsse gefasst werden müssen.

Herr Pietsch teilt mit, dass die Stadt Kellinghusen einstimmig für die Überplanung gestimmt habe. Er regt an, dass die Anrufsammeltaxen (AST) in Fläche angeboten werden müssen. Es reicht nicht, wenn nur die Wilstermarsch AST bekäme. Geklärt werden müsse auch noch, inwieweit Zu- und Abbestellungen möglich wären. Des Weiteren unterbreitet er den Vorschlag, den Kreisanteil bei der Verbandsumlage um weitere 20 %, dann also auf insgesamt 80 % Kreisanteil, zu erhöhen.

Herr Wendt erklärt dazu, dass dafür ein Beschluss des Kreistages erforderlich sei. Die nächste Sitzung ist im September. Er würde den Kreistag in dieser Sitzung dazu befragen.

Herr Heuberger erklärt, dass für das Amt Breitenburg derzeit nur eine Mehrbelastung entstünde aber kein Mehrwert. Er regt an, auch im Amt Breitenburg AST einzuführen. Herr Dr. Müller ist überrascht über die stattfindende Solidaritätsdebatte.

Herr Heuberger erklärt, dass bereits in der letzten Fortschreibung des RNVP AST aufgenommen wurden. Das Amt Breitenburg kommt mit dem ÖPNV nicht nach Itzehoe.

Herr Förster befürwortet auch die Erhöhung des Kreisanteils, stellt aber auch gleichzeitig die Frage, woher das Geld dafür stammt. Durch die Optimierung des ÖPNV profitieren am Ende 91 % der Einwohner des Kreises. Es stellt schon eine Verbesserung dar, wenn im 1 km entfernten Nachbarort der Bus stündlich fährt. Auch der Umweltschutzaspekt muss berücksichtigt werden. Zu- und Abbestellungen sind möglich. Er unterbreitet den Vorschlag, dass der Vorstandsvorsteher nochmal in alle Gemeinden geht, um zu erläutern, warum die Überplanung sinnvoll ist.

Herr Hencke berichtet daraufhin von der Regionalkonferenz aus Looft. Dort gab es Kritik, aber es wurde auch konstruktiv diskutiert. Er kritisiert, dass niemand bei der Vorstellung des 1. Entwurfes in Hohenasperde 2018 reagiert hätte, nun aber diskutiert würde. Die Erfahrungen müssen zeigen, wie die Überplanung anläuft.

Auch Herr Pietsch weist darauf hin, dass der 4. RNVP einstimmig beschlossen wurde. Dass heute eine Diskussion stattfindet, ist dem „Konstrukt“ Zweckverband geschuldet. Sonst würde der Kreis über die Überplanung entscheiden. Der Kreis sollte eine ausgleichende Rolle einnehmen und den Kreisanteil erhöhen.

Herr Dr. Koeppen plädiert für eine Beschlussfassung, um weiter voranzukommen.

Frau Biel erklärt, dass gegenseitige Schuldzuweisungen nichts bringen. Es wird auch Verschlechterungen geben. Die ehrenamtlich vertretenen Gemeinden benötigen weitere Unterlagen. Es sollte ein Arbeitsauftrag an die Geschäftsstelle erfolgen. Sie schlägt vor, den ersten Satz aus dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu streichen und Satz 2 wie folgt zu ergänzen: „Die Geschäftsstelle wird beauftragt, für die betriebliche Umsetzungsplanung Gespräche mit den Busunternehmen zu führen. Zudem sind die Hinweise aus den Regionalkonferenzen zu verfolgen. Die Ergebnisse sind für den Beschluss über die Umsetzung der im Abschlussbericht dargestellten Überplanung vorzulegen.“

Frau Esselborn-Große erläutert, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht alles auseinandergenommen und geplant werden kann. Aber es muss ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, damit weiter gearbeitet werden kann.

Frau Asmus-Mrozek schließt sich dem an und schildert, dass in den Regionalkonferenzen klar wurde, dass das Konzept nicht festgeschrieben sei. Eine Alternative gibt es nicht. Sonst geht es einen Schritt zurück.

Herr Heuberger erwähnt nochmals, dass bereits im 4. RNVP Anrufsammeltaxen standen. Herr Dr. Koeppen erklärt, dass jedoch keine weiteren Anträge dazu gestellt wurden.

Herr Reimers teilt mit, dass im Amt Horst-Herzhorn eine geteilte Stimmung vorherrscht. Er vermutet, in der Verbandsversammlung wird es zu einer Ablehnung kommen.

Herr Wendt erklärt daraufhin, dass er auch ohne Beschlüsse die weiteren Verhandlungen führen kann; dies möchte er jedoch nicht. Er kann die kleinen Gemeinden verstehen, es gibt jedoch primäre Faktoren. Er braucht eine „Marschrichtung“ und empfiehlt daher, dass Gutachten als Arbeitsgrundlage zu nutzen.

Frau Krohn formuliert einen Beschlussvorschlag: „Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen, dass das Konzept der Überplanung als Arbeitsgrundlage für die zukünftige ÖPNV Gestaltung zugrunde gelegt wird. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Verhandlungen zur betrieblichen Umsetzungsplanung aufzunehmen. Dabei werden die gesammelten Anmerkungen aus den Regionalkonferenzen berücksichtigt.“

Frau Biel stellt nochmals den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Alternativ schlägt sie vor, den ersten Satz aus der vorliegenden Beschlussvorlage zu streichen und den 2. Satz wie folgt zu ergänzen: „Die Geschäftsstelle wird beauftragt, für die betriebliche Umsetzungsplanung Gespräche mit den Busunternehmen zu führen. Zudem sind die Hinweise aus den Regionalkonferenzen zu verfolgen. Die Ergebnisse sind für den Beschluss über die Umsetzung der im Abschlussbericht dargestellten Überplanung vorzulegen.“

Herr Dr. Müller befürwortet den Beschlussvorschlag der Geschäftsstelle als Empfehlung für die Verbandsversammlung.

Frau Biel erklärt, dass sie dem nicht zustimmen kann.

Herr Wendt weist darauf hin, dass Weisungen von der Ratsversammlung nicht erteilt werden können.

Sodann wird über den durch die Geschäftsstelle formulierten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen, dass das Konzept der Überplanung als Arbeitsgrundlage für die zukünftige ÖPNV Gestaltung zugrunde gelegt wird.

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Verhandlungen zur betrieblichen Umsetzungsplanung aufzunehmen. Dabei werden die gesammelten Anmerkungen aus den Regionalkonferenzen berücksichtigt.“

Abstimmungsergebnis:

Beschluss Nr. AA6/2019

12 Ja-Stimmen (Herr Wendt, Herr Dr. Koeppen, Hr. Dr. Müller, Herr Pietsch, Frau Esselborn-Große, Herr Förster, Herr Hencke)

7 Nein-Stimmen (Frau Biel, Herr Reimers, Herr Heuberger, Herr Baumann, Herr Nagorny, Herr Tiedemann, Herr Schulz)

keine Enthaltungen

Frau Biel bittet darum, im Protokoll zu vermerken, dass Ihre Nein-Stimme nicht als Ablehnung der Überplanung gilt.

Herr Pietsch verlässt die Sitzung um 18.15 Uhr.

TOP 5

Beschluss zur Einführung eines neuen Finanzierungsmodells

Herr Wendt liest den Beschlussvorschlag vor. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen:

Die Finanzierung des Zweckverbandes erfolgt zukünftig über das Finanzierungsmodell A (Erhöhung des Kreisanteils auf 60%).

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Satzungsänderung vorzubereiten.

Anmerkung der Geschäftsstelle: Den von Herrn Pietsch unterbreiteten Vorschlag, den Kreisanteil auf 80 % zu erhöhen, wird Herr Wendt im Kreistag im Zusammenhang mit der Satzungsänderung zur Erhöhung des Kreisanteils auf 60 % zur Beratung einbringen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig, bei 2 Enthaltungen

Beschluss Nr. AA7/2019

TOP 6

Zusatzkosten Verlegung ZOB

Herr Wendt erklärt, dass die Vineta an den Zweckverband herangetreten war.

Frau Biel erkundigt sich nach einer Beschlussvorlage. Frau Krohn erläutert, dass es hierzu keine gibt.

Herr Wendt hat die Angelegenheit geprüft und erläutert, dass laut Verkehrsvertrag bei einer Abweichung von +/- 1 % der jährlich geschuldeten Fahrplanleistung ein Ersatzanspruch bestünde. Da die Abweichung hier nicht so hoch sei, ist der Zweckverband nicht zur Zahlung verpflichtet. Die Vineta wird sich nun an die Stadt Itzehoe wenden, die bereits darüber informiert wurde.

Herr Heuberger erkundigt sich nach der Summe. Frau Krohn teilt mit, dass sich um einen Betrag in Höhe von 3.104,00 € handelt.

TOP 7

Beschluss zur Einrichtung einer Schnellbuslinie Itzehoe - Pinneberg

Herr Wendt teilt mit, dass sich der Kreistag mit dem Vorhaben auseinandergesetzt hat. Im Bauausschuss wurde beschlossen, den Zweckverband mit der Umsetzung zu beauftragen. Die Kosten werden, da 2 Busse benötigt werden, bei etwas über 200.000 € pro Jahr liegen. Der Kreis übernimmt die Kosten in Gänze.

Herr Förster möchte wissen, ob die Busverbindung vorerst zur Probe eingerichtet werden soll und zurück genommen werden kann. Herr Wendt bestätigt dies.

Herr Dr. Koeppen erkundigt sich, ob bereits ein Busunternehmen gefunden wurde. Dies wird verneint.

Herr Nagorny erkundigt sich, warum sich der Zweckverband damit befassen muss. Er stellt den Sinn dieser Investition in Frage. Er hat sich informiert, dass lt. Fahrplan 1/2 stündlich in Richtung Itzehoe eine Verbindung bestünde. Er ist gegen die Einrichtung.

Frau Biel erkundigt sich nach der begrenzten Erprobung.

Herr Wendt erläutert, dass es eine 20wöchige Erprobungszeit geben soll. Danach muss sich erneut damit befasst werden.

Frau Biel erkundigt sich weiterhin, ob die Kostenübernahmeerklärung des Kreises un- oder befristet sei. Herr Wendt bestätigt eine unbefristete Kostenübernahmeerklärung.

Herr Reimers befürchtet einen Parallelverkehr. Er ist nicht für den Shuttle. Auch der Gutachter hat für das Teilnetz Süd im Rahmen der Überplanung keine Notwendigkeit dafür gesehen.

Herr Förster erkundigt sich, ob bei einer heutigen Ablehnung das Vorhaben komplett gescheitert sei. Dies wird von Herrn Wendt verneint, da der entscheidende Beschluss erst in der Verbandsversammlung getroffen wird.

Beschlussvorschlag:

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen:

1. Die Schnellbuslinie zwischen Itzehoe und Pinneberg soll eingerichtet werden, der Kreis trägt hierfür die Kosten.
2. Vorbehaltlich der rechtlichen Zulässigkeit wird für das Jahr 2020 ein Erprobungszeitraum von ca. 20 Wochen separat ausgeschrieben.
3. Vorbehaltlich der rechtlichen Zulässigkeit einer kurzfristigen – und für die weitere Umsetzung der Überplanung unschädliche – Abbestellung wird die Linie in die Neuvergabe des Teilnetzes Süd aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss Nr. AA8/2019

9 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

TOP 8

Vergabe Gutachterleistung zur Vorbereitung und Durchführung der Vergabe des Teilnetzes Süd

Herr Wendt verliest den Beschlussvorschlag. Es gibt dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Beschluss Nr. AA9/2019

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen:

Die Firma BBG und Partner und die Firma SVG, Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH erhalten auf der Grundlage ihres Angebotes vom 13.05.2019 den Auftrag für die Vorbereitung und Durchführung der Vergabe des Teilnetzes Süd.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 9

Einführung eines landesweiten Haltestellenkatasters

Herr Wendt erläutert, dass die Einführung des Haltestellenkatasters erforderlich ist, u.a. auf Grund der Digitalisierung. Des Weiteren stehen derzeit auch Fördergelder des Landes zur Verfügung.

Es gibt dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

AA10/2019

Der Allgemeine Ausschuss empfiehlt, die Verbandsversammlung möge beschließen:

1. Der Zweckverband stimmt der Beteiligung am Projekt „Landesweites Haltestellenkataster“ der Nahverkehrsverbund Schleswig- Holstein GmbH (Nah.SH) zu.
2. Die Kosten der Beteiligung in Höhe von derzeit max. 50.150 € werden vom Zweckverband getragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 10

Sachstand HVV

Herr Wendt informiert, dass im Tarifmodell weniger Tarifzonen im Kreisgebiet vorgesehen sind. Einige Bereiche, die Randbereiche, werden deutlich teurer. Für die Nutzer von Dauerafahrkarten wird es günstiger. Das Tarifzonenmodell soll als Arbeitsgrundlage einem Gutachter übergeben werden. Der HVV weiß über die beim Zweck-

verband geplante Optimierung Bescheid. Der Gutachter des HVV wird dies berücksichtigen.

Frau Biel lobt die Verhandlungen mit dem HVV, erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der Vertretungsregelung für den HVV. Sie ist stellvertretende Vorsitzende für den Allgemeinen Ausschuss. Wäre Herr Wendt heute abwesend gewesen, hätte sie jedoch keine Auskünfte geben können.

Herr Wendt weist darauf hin, dass der stellvertretende Verbandsvorsteher, Herr Dr. Koeppen, alle Informationen erhalte und daher dem Allgemeinen Ausschuss Auskunft hätte geben können.

Herr Reimers erklärt in diesem Zusammenhang, dass der Stellvertreter schnell im Thema sein muss, beispielsweise für die weiteren Verhandlungen im Verhinderungsfall.

Herr Wendt macht erneut deutlich, dass Herr Dr. Koeppen als stellvertretender Verbandsvorsteher ihn im Verhinderungsfall beim HVV vertreten würde. Dies sei im Allgemeinen Ausschuss zu Beginn des Jahres so vereinbart worden. Er sagt zu, das Protokoll dahingehend einmal zu prüfen.

Ergänzung der Geschäftsstelle: Auf Grund der Beanstandung durch Frau Biel wurde geprüft, welche Absprache im Allgemeinen Ausschuss vom 26.02.2019 bezüglich der Vertretung des Verbandsvorstehers beim HHV getroffen wurde. Auf Antrag von Frau Biel in dieser Sitzung wurde das Protokoll vom 26.11.2018 wie folgt ergänzt:

Es wird die Idee geäußert, dass die stellvertretenden Verbandsvorsteher/innen Herrn Wendt zum Lenkungskreis begleiten.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Wendt auf sein juristisches Fachwissen. Er macht deutlich, dass er aktuell keinen Bedarf sieht, bei den Terminen des Lenkungskreises durch seine Vertreter/innen unterstützt zu werden.

Er sagt eine bestmögliche und umfangreiche Information seiner Stellvertreter zu.

Im Sozialen Netzwerk des Landes, „Nele“, gibt es eine geschlossene Gruppe des Lenkungskreises zum HVV Beitritt.

Es wird angeregt, dass auch die stellvertretenden Verbandsvorsteher/innen dort aufgenommen werden. Herr Wendt sagt zu, dies zu prüfen.

Eine weitergehende Zusage an Frau Biel wurde durch den Verbandsvorsteher nicht geäußert.

Herr Heuberger erkundigt sich, ob es im HVV-Verbund alternative Bedienformen gibt. Herr Wendt teilt mit, dass ihm dies nicht bekannt sei, er aber nachfrage. Herr Dr. Müller teilt mit, dass es dort auch alternative Bedienformen gäbe. Herr Heuberger erkundigt sich, ob AST auch Gesprächsthema beim HVV sind. Dies wird von Herrn Wendt bestätigt.

TOP 11

Mitteilungen und Anfragen

- I. Herr Hencke erkundigt sich nach der Gültigkeit der Fahrkarten im Schülerverkehr. Frau Krohn erklärt, dass diese nur während der Schulzeit gültig sind.

Herr Wendt fragt in diesem Zusammenhang nach, ob über das bestehende Tarifmodell in einer kommenden Sitzung informiert werden soll. Dies wird von den Anwesenden begrüßt.

II. Kostensteigerung Holsten Express

Frau Krohn informiert, dass wegen der Baustelle in Mühlenbarbek ein Umweg gefahren werden muss. Die derzeit geschätzten Kosten betragen ca. 14.000,00 €. Anders als bei der Vineta greift hier die 1%-Regelung. Die zusätzlichen Kosten werden durch den Haushaltsansatz „Zuschuss Holsten Express“ beglichen.

III. Anbindung Störfähre Beidenfleth an Linie 9

Frau Krohn erklärt, dass die Anregung zur Anbindung auf der Liste der Prüfaufträge zur Überplanung steht.

Herr Wendt beendet die Sitzung um 18.40 Uhr.



Torsten Wendt
Verbandsvorsteher



Julia Richter
Protokollführerin